



IDA-Infomail

Nummer 2

April 2022, 23. Jg.

Editorial

● Neues von IDA, IDA-NRW & OBR	2
● Vielfalt-Mediathek	3
● Mitgliedsverbände	5
● Aktion & Information	9
● Seminare & Tagungen	20
● Feier- & Gedenktage	24
● Impressum	25

Editorial

Noch immer sitzt der Schock über den plötzlich ausgebrochenen Krieg in der Ukraine tief. Die staatliche und gesellschaftliche Unterstützung und Haltung den vor dem schrecklichen Krieg flüchtenden Ukrainer:innen gegenüber ist jedoch nicht zuletzt aufgrund der geographischen Nähe des Krieges so vorbildlich wie kaum zuvor. Die Geflüchteten dürfen sich ihren Wohnort selbst aussuchen, haben die Möglichkeit, bei Familienmitgliedern, Freund:innen oder Bekannten unterzukommen, wodurch sie schneller Anschluss an die Gesellschaft finden. Ihre Belange und Bedürfnisse nach Zugang zum Gesundheitssystem, Arbeitsmarkt und Schulen werden ernst genommen und die dafür notwendigen politischen Schritte gegangen. Im Hinblick auf den seit Jahren negativ geprägten Fluchtdiskurs stellt dies eine äußerst positive Entwicklung dar. Jedoch birgt nicht allein der Krieg auf europäischem Boden Bedrohungen für unsere Gesellschaft, sondern auch die Art und Weise, wie wir über ihn sprechen. Denn noch viel zu oft finden sich im öffentlichen Sprechen über Geflüchtete rassistische Implikationen. Nicht selten wird betont, dass „die Ukrainer“ im Gegensatz zu anderen Geflüchteten „Europäer:innen“ seien und in diesem Zusammenhang oftmals erwähnt, dass sie aus der „gebildeten Mittelschicht“ kämen. Solche Be- und Zuschreibungen sind nicht nur verallgemeinernd, sondern auch rassistisch und klassistisch. Homogenisierende Unterscheidungen und Gegenüberstellungen von Geflüchteten aus der Ukraine und aus anderen Ländern schaden nicht nur letzteren, sondern auch Ukrainer:innen und unserer Gesellschaft.

Rassismus funktioniert über Ein- und Ausschlüsse. Wenn wir also neuerdings Ukrainer:innen zu Europäer:innen erklären und somit in unsere Wir-Gruppe aufnehmen, ist das genauso problematisch, wie die Ausgrenzung vieler russisch gelesener Menschen, die sich seit Beginn des Krieges in Form von Beleidigungen, Boykott russischer Geschäfte oder in subtileren Formen des Alltagsrassismus ausdrückt. Sobald wir bestimmte Merkmale betonen müssen, um Menschen zu einem Teil unserer Gruppe oder Gesellschaft zu machen, schließen wir damit andere aus. Zu solchen Ausschlüssen kommt es auch, wenn sie nicht gewollt sind. Dies zeigt sich etwa bei vergessenen Gruppen wie ukrainischen Romn:ja, die aufgrund struktureller Diskriminierungen die für den Grenzübertritt notwendigen Papiere oftmals nicht besitzen und somit das Land nicht verlassen können, jedoch gleichzeitig an vielen Orten innerhalb des Landes unerwünscht sind. Nicht zu vergessen ist auch, dass selbst Ukrainer:innen – als Osteuropäer:innen – von antislawischem Rassismus und Diskriminierung betroffen sein können und sind, was sich bspw. an der Thematik der prekären Saisonarbeit zeigt. Das Othering, das zu diesen Ein- und Ausschlüssen führt, zeigt das Rassismus nicht zuletzt wegen seiner Wandelbarkeit so gefährlich ist. Daher ist es wichtig das Problem an der Wurzel zu packen und von Anfang an nicht zuzulassen, dass diese Unterscheidungen vorgenommen werden. Denn es lässt sich durchaus aus einer humanitären Perspektive argumentieren, dass es wichtig und richtig ist Menschen, die vor Krieg fliehen, zu unterstützen.

IDA und IDA-NRW informieren:

■ Neue Themenseite über Rechtspopulismus und Desiderius-Erasmus-Stiftung

IDA hat auf seiner Website einen neuen Themenbereich „Rechtspopulismus“ angelegt (<https://www.idaev.de/themen/rechtspopulismus>). Hier finden sich nach einer begrifflichen Einordnung Informationen, Materialien und Bildungsangebote des IDA zum Themenkomplex. Unter <https://www.idaev.de/themen/rechtspopulismus/ida-fachtage> werden die IDA-Fachtage zum Thema Rechtspopulismus der letzten Jahre dokumentiert. Unter <https://www.idaev.de/themen/rechtspopulismus/desiderius-erasmus-stiftung> sind ausführliche Informationen zur AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) zu finden, die sich (bisher erfolglos) um eine jährliche Zuwendung von mindestens 6 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt bewirbt und dazu auch das Bundesverfassungsgericht angerufen hat. Aufgezeigt werden die bildungspolitischen Ziele der DES, ihre Verbindungen zur Neuen Rechten sowie ihre problematischen Haltungen in Bezug auf Rassismus, Antiliberalismus sowie Geschlechter- und Genderthemen. Schließlich wird auch eine mögliche Rolle der DES bei der Förderung von Stipendiat:innen an Hochschulen problematisiert.

■ Neue Broschüre des projekt.kollektiv „Begegnungen, Berührungen, Bewegungen“

Das projekt.kollektiv hat seine neue Broschüre mit dem Titel „Begegnungen, Berührungen, Bewegungen“ veröffentlicht. projekt.kollektiv widmet sich als Projekt des IDA-NRW rassismuskri-



tischen Perspektiven für die Jugend(bildungs-)arbeit im Kontext Flucht und Migration. Über die Broschüre möchte projekt.kollektiv Einblicke in seine Arbeit geben und mit den Projektpartner:innen und Teilnehmer:innen gemeinsam erarbeitete Perspektiven, Gedanken und Impulse dokumentieren und sichern.

Die Broschüre beleuchtet „**Perspektiven und Interventionsmöglichkeiten für rassismuskritische Jugend(bildungs-)arbeit im Kontext Flucht und Migration**“. Sie bietet eine Zusammenstellung verschiedener Textarten und Materialien aus unterschiedlichen Veranstaltungen und Arbeitsphasen des Projekts; hierbei werden aktuelle Diskurse um Flucht, Migration, Postmigration und Rassismuskritik aufgegriffen, kontextualisiert und vertieft.

Die Broschüre wurde aufwendig grafisch und künstlerisch gestaltet durch Fadi Elias und Salman Abdo (In-Haus Media) sowie collagenartig konzipiert durch die Projektmitarbeiter:innen 2021 (Cecil Arndt, Cuso Ehrich, Isabell May). Diese Machart und Gestaltung soll die Leser:innen dazu einladen, sie assoziativ, intuitiv und dem persönlichen bzw. fachlichen Interesse oder Bedarf folgend zu nutzen.

Die Broschüre kann als pdf von der Website des IDA-NRW heruntergeladen werden: <https://tinyurl.com/2w5ud83y>. Zur Bestellung geht es unter <https://tinyurl.com/4ny3vvu8>.

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und der entsprechenden Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Audios und Videos können über die Website www.vielfalt-mediathek.de recherchiert oder heruntergeladen werden. Der Newsletter der Vielfalt-Mediathek stellt in jeder Ausgabe einen Themenschwerpunkt und neue Materialien vor. Zur Anmeldung geht es [hier](#).



■ **Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt e. V./Courage - Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e. V. (Hg.): Halle, 19. Oktober 2019. Der Anschlag, Ereignisse, Folgen, Hintergründe. Handreichung für die Bildungsarbeit 2021, 29 S., Fachinformation, Unterrichtsmaterial**

Die Handreichung zeichnet die Chronologie der Ereignisse nach, gibt Aufschluss über die antisemitische Motivlage des Täters und gibt vor allem den Betroffenen Raum für ihre Perspektive. Eine Verortung des Anschlags in den weltweiten Rechtsterrorismus fügt das Ereignis in die besorgniserregenden Entwicklungen regional und global ein. Zum Schluss finden sich Argumente und Literaturhinweise in der Handreichung.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/3nt8n6d6>.



■ **RAA Sachsen e. V. (Hg.): Die Webdokumentation „Gegen uns“. Betroffene im Gespräch über rechte Gewalt nach 1990 und die Verteidigung der solidarischen Gesellschaft. Methodenheft für politische Bildner*innen und Lehrpersonen**

2021, 65 S., Fachinformation, Arbeitshilfe

Das Methodenheft erscheint im Rahmen der Webseite "Gegen uns. Betroffene im Gespräch über rechte Gewalt nach 1990 und die Verteidigung der solidarischen Gesellschaft". Es gibt einen Überblick und Orientierung über das Thema rechte Gewalt und über die Episoden der Webdokumentation sowie deren Inhalte. Daran schließt sich ein Konzept zur partizipativen, pädagogischen Arbeit mit "Gegen uns" an. Den Abschluss des Methodenheftes bildet der Verweis auf Beratungsstellen und Unterstützungsangebote.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/2d8naw2y>.



■ **Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Immun gegen Fakten. Organisierte Impfgegnerschaft als Demokratiegefährdung**

2021, 32 S., Fachinformation, Unterrichtsmaterial

Die Broschüre analysiert Verbreitungsstrategien von bewusst manipulativen, falschen oder menschenfeindlichen Inhalten in Bezug auf die Impfdebatte. Sie widmet sich daher der Frage, welche Deutungen zum Thema Impfen und Pandemie rechts-extreme Gruppen verbreiten und welche menschenfeindlichen Ideologien sich damit verbinden. Neben der Analyse gibt die Broschüre Handlungsempfehlungen dazu heraus.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/yckx8z2h>.



Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen / Landespräventionsrat Niedersachsen (Hg.): NEUE WEGE FINDEN. Aktuelle Formen islamistischer Agitation

2021, 13 S., Fachinformation

Die Broschüre widmet sich vergleichsweise neuen Phänomenen im deutschsprachigen Islamismus. Die Autor:innen bezeichnen sie als islamistisch-konnotierter Populismus und islamistisch-konnotierter Aktivismus. Was zeichnet diese neuen Phänomene aus? Inwieweit unterscheiden sie sich von anderen Formen? Welche Inhalte und Ziele vertreten sie? Mit Hilfe von Beispielen beantwortet "Neue Wege finden" diese Fragen und gibt Hilfestellungen zu einem möglichen Umgang mit ihnen.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/2p9et4tj>.

CLAIM
Betroffene von antimuslimischem Rassismus unterstützen – Beratung nachhaltig ausbauen



Teilseind e.V. (Hg.) Policy Paper: Betroffene von antimuslimischem Rassismus unterstützen - Beratung nachhaltig ausbauen

2020, 8 S., Fachinformation

Muslim:innen sowie Menschen, die als solche gelesen werden, erleben häufig Diskriminierungen und Übergriffe. Mehrfachdiskriminierungen, zum Beispiel aufgrund von Geschlecht, Herkunft und Religion, verschärfen dabei noch die Lage. Das vorliegende Papier fasst Ergebnisse einer Befragung von Beratungsstellen für Betroffene von Rassismus zusammen und leitet Handlungsempfehlungen ab.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/mr26sf3a>.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der:die Autor:in bzw. tragen die Autor:innen die Verantwortung.

■ BDAJ: „Alevitisches Empowerment - für eine solidarische Gesellschaft“



Am 5. und 6. März 2022 hat der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland seine Bundeskonferenz in Köln abgehalten. Die Teilneh-

mer:innen haben dort den Leitantrag „Alevitisches Empowerment - für eine solidarische Gesellschaft“ für die kommenden zwei Jahre beschlossen. Darin nimmt der BDAJ Bezug auf den rassistischen Anschlag von Hanau, der nicht nur unter alevitischen Jugendlichen ein Unsicherheitsgefühl hervorgerufen habe. Durch die Dichte und Häufigkeit ähnlicher Taten in den letzten Jahren sei die Dominanzgesellschaft aber nun gezwungen, Rassismus wahrzunehmen und gesamtgesellschaftlich Verantwortung zu übernehmen.

Es gelte Zivilcourage im analogen und im digitalen Raum zu fördern, da beide öffentliche Räume seien. Täglich komme es zu digitalen Bedrohungen von alevitischen Jugendlichen, insbesondere alevitischer Frauen und Mädchen, die sexualisiert und bedroht würden, wenn sie sich nicht patriarchalen Geschlechternormen unterordnen und als Objekte männlicher Herrschaft zur Verfügung stehen würden. Gleichberechtigung sei jedoch ein Grundpfeiler der alevitischen Lehre und daher müssten patriarchale Werte und Verhaltensweisen bekämpft werden. Darüber hinaus gelte es die Unterschiedlichkeit von Menschen of Color wahrzunehmen, die meist hinter homogenisierenden Bezeichnungen wie „die Muslime“ oder „die Türken“ verschwinde. Dies gilt auch im Hinblick darauf, dass sich nicht-weiß-deutsche Formen des Rechtsextremismus etabliert hätten. Schließlich rufen die Delegierten dazu auf, eigene Diskriminierungserfahrungen nicht einfach hinzunehmen.

Als Konsequenzen fordert der BDAJ flächendeckende Fortbildungen für Sicherheitsbehörden

und Lehrer:innen, um Diskriminierung und menschenfeindliche Ideologien erkennen zu können, sowie eine transparente und lückenlose Aufklärung rassistischer Gewalttaten und weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und jeglichem Rechtsextremismus. Für die Mitglieder nimmt sich der Verband vor, dass diese anonym über Rassismuserfahrungen berichten können sollen, dass Dialoge mit anderen minorisierten Gruppen geführt werden und Informations- und Gedenkveranstaltungen angeboten werden.

Der vollständige Beschluss kann nachgelesen werden auf <https://www.bdaj.de/index.php/aktuelles/nachrichten/295-positionen-der-bundeskonferenz-2022>.

■ Gelbe Hand - Lizenzfreie Qualifizierungsseminare für Berufsbildungspersonal zu Demokratieförderung

Als Fachstelle „Fachpersonal“ des Kompetenznetzwerks „Demokratieförderung in der beruflichen Bildung“ hat der Kumpelverein jeweils ein Qualifizierungsseminar für Ausbilder:innen und eines für Berufsschullehrkräfte konzipiert und erprobt. Sie sind jeweils Teil einer dreiteiligen Fortbildungsreihe zu Demokratieförderung, die in den Jahren 2021 bis 2023 erprobt wird. Seit Januar stehen die ersten **Konzepte zur lizenzfreien Nutzung zur Verfügung**. Die Konzepte basieren auf einer mehrstufigen Bestands- und repräsentativen Bedarfsanalyse aus den Vorjahren des Projekts.



Das **Qualifizierungsseminar für Ausbilder:innen** wurde in Kooperation mit dem **Qualifizierungsförderwerk Chemie (QFC)** der IG BCE entwickelt. Die dreiteilige Fortbildungsreihe trägt den Titel: „**Demokratisches Miteinander**“. Die erste und nun

bereits veröffentlichte Qualifizierung aus der Reihe widmet sich dem Thema „**Wie können wir**



demokratische Werte im Ausbildungsalltag (vor-)leben und fördern?“.

In der zweieinhalbtägigen Qualifizierung setzen die Ausbilder:innen sich zunächst mit ihrem eigenen Demokratieverständnis auseinander. In Reflexionsübungen und praktischen Betzavta-

Übungen gehen sie den Kernfragen der Demokratie auf den Grund. Des Weiteren setzen die Teilnehmenden sich in einer Einheit zu Verschwörungstheorien mit einer Form der Demokratiegefährdung auseinander, die hochaktuell ist und ihnen immer wieder im Berufsalltag begegnet.

Neben der theoretischen Auseinandersetzung mit demokratischen Werten, wird auch Wert auf die ihre Vermittlung gelegt. Wie können diese mit einer gestärkten demokratischen Haltung im Betriebsalltag gelebt und den Auszubildenden nahe gebracht werden? Dazu werden sowohl niedrigschwellige Möglichkeiten der täglichen Vermittlung von Demokratiethematen besprochen als auch Ideen für aufwendigere demokratiefördernde Projekte entwickelt.

Im **Qualifizierungsseminar für Berufsschullehrkräfte** wird das Thema „**Menschenfeindlichkeit im Netz begegnen. Demokratische Kompetenzen von Berufsschüler*innen im digitalen Raum stärken**“ behandelt.

In der zweitägigen Fortbildung können die Teilnehmenden sich das Themenfeld mit vielfältiger externer Fachexpertise erschließen. Das Medienkonsumverhalten von Berufsschüler:innen und das Phänomen Hate Speech werden wissenschaftlich eingeordnet. Außerdem werden Schlaglichter auf antisemitische Äußerungen im digitalen Raum und menschenfeindliche Memes geworfen.

Ein Bezug zur Schulpraxis wird in Workshops zum Argumentieren gegen solche Agitationen und zur Fragestellung der Neutralität in der Schule hergestellt. In der Projektplanungsphase werden erste Schritte für die Bearbeitung dieser Probleme im eigenen Schulalltag geplant.

Die Qualifizierungen können von Weiterbildungseinrichtungen, Schulen, gewerkschaftlichen Bildungsträgern, Betrieben und weiteren Einrichtungen lizenzfrei übernommen werden. Sie können sowohl einmalig als Inhouse-Schulungen durchgeführt werden als auch zur langfristigen Integration in Bildungsprogramme eingegliedert werden. Die Fachstelle bietet hierzu unentgeltliche **Transfer-Schulungen** an.

Info:

Heide Siepmann

■ Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken – Antifaschistisches Gedenkcamp im Mai 2022 – gemeinsam lernen und gedenken



Vom 25. bis 29. Mai 2022 führt die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken ein Antifaschistisches Gedenkcamp in Blomberg in Nordrhein-Westfalen durch. Der Kampf gegen rechten Terror

nimmt eine wichtige Rolle in der politischen Arbeit der Sozialistischen Jugend ein. Sie ist in antifaschistischen Netzwerken aktiv, beteiligt sich an der Aufklärung rechter Netzwerke, gestaltet Gedenken an Opfer rechten Terrors und sieht sich immer wieder rechten Angriffen ausgesetzt.

Das Antifaschistische Gedenkcamp hat das Ziel, die inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtem Terror und antifaschistischer Gedenkarbeit zu vertiefen und pädagogische und politische Perspektiven weiterzuentwickeln. Gemeinsam wird beim Camp gelernt, diskutiert, analysiert und die

Solidarität gefeiert werden, die antifaschistische Arbeit auszeichnet.

Beim Camp wird es Workshops, Vorträge und Diskussionsrunden zu verschiedenen Themen geben. Zunächst wird es um Kontinuitäten rechten Terrors und rechte Netzwerke in staatlichen Strukturen gehen. Anschließend befassen sich die Workshops mit Täter:innenideologien. Welche Ideologien stecken hinter rechtem Terror? Inwiefern hängen Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Sozialdarwinismus und Antikommunismus zusammen? In der letzten Workshopphase ist das Thema antifaschistische Praxis. Wie bekämpfen antifaschistische Gruppen rechten Terror vor Ort? Welche Formen des Gedenkens gibt es?

Das Camp richtet sich an Falkenmitglieder bundesweit. Falkenmitglieder und diejenige, die es werden wollen, können sich an ihre Gliederung vor Ort (https://www.wir-falken.de/vor_ort/index.html) wenden.

■ Positionspapier und Schwerpunktseite der Deutschen Jugendfeuerwehr gegen Rassismus

In ihrem Positionspapier „Nicht nur löschen, wenn es brennt! Gemeinsam für Antirassismus in den Jugendfeuerwehren und Kindergruppen in den Feuerwehren“ erklärt die Deutsche Jugendfeuerwehr, dass sie als Jugendverband und Teil der Feuerwehr in einer besonderen Verantwortung steht, sich gegen jegliche Formen der Ausgrenzung, Abwertung und Diskriminierung einzusetzen und zum Abbau des strukturellen Rassismus in unserer Gesellschaft beizutragen.

„Die Deutsche Jugendfeuerwehr hat sich mit einer Vielzahl an Initiativen klar gegen Rassismus und Diskriminierung positioniert. Doch auch eindeutige Bekenntnisse schützen nicht davor, dass Menschen in den Jugendfeuerwehren und Kindergruppen in den Feuerwehren mitunter Rassismuserfahrungen machen müssen. [...] Wir erkennen als Verband dieses Problem an und verpflichten

uns zu Antirassismuserbeit - insbesondere in den eigenen Reihen - als einer dauerhaften Querschnittsaufgabe. Antirassismus begreifen wir als eine Haltung, die nicht nur einfach „gegen Rassismus“ ist, sondern sich aktiv und informiert für Veränderung einsetzt.“

Zudem erklärt die Deutsche Jugendfeuerwehr anlässlich der „Internationalen Wochen gegen Rassismus 2022“ auf ihrer **Schwerpunktseite Antirassismus** verschiedene Aspekte des Alltagsrassismus wie Ausgrenzung, struktureller oder „positiver“ Rassismus sowie rassistische Sprachstrukturen.

Passendes Bildmaterial aus unserer Fotoaktion finden Sie hier: <https://jugendfeuerwehr.de/aktionen-events/wochen-gegen-rassismus/fotoaktion>.

Schwerpunktseite und Positionspapier sind abrufbar unter <https://jugendfeuerwehr.de/antirassismus>.



DEUTSCHE
JUGENDFEUERWEHR

■ Stellungnahme der dsj zum Demokratiefördergesetz:



Die Deutsche Sportjugend (dsj) hat ihre Stellungnahme zum Demokratiefördergesetz veröffentlicht.

Darin führt sie aus, dass das Demokratiefördergesetz die Chance bietet „Sportvereine und Zuschauer-sport als Orte der Begegnung und der konkreten Demokratiebildung durch Partizipation, Teilhabe und Vielfalt zu stärken - für Sport, Gesundheit, Bewegungsfreundlichkeit, Gemeinschaft, junges Engagement und eine starke Demokratie.“ Auf Grundlage dieses Verständnisses formuliert die dsj Forderungen an die Bundesministerien, die **hier** abrufbar sind.

■ Runde Tische zur aej-Jugendstudie „Perspektiven auf Gesellschaft, Religion und Islamdebatte“

Die aej als Partner im Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit (KNW-IMF) hat im Jahr 2020 die repräsentative Studie „Perspektiven auf Gesellschaft, Religion und Islamdebatte“ durchgeführt. Das Team der Studie möchte in diesem Jahr mit haupt- und ehrenamtlichen Multiplikator:innen der Evangelischen Jugendarbeit in den Austausch kommen und die Ergebnisse gemeinsam diskutieren. Von Frühjahr bis Herbst 2022 wird es vier runde Tische im Windrosen-Format geben, die sich an die Mitglieder in den jeweiligen Regionen richten. Nach einer Vorstellung der Studie und ihrer Ergebnisse sollen die runden Tische Raum geben, die Befunde gemeinsam zu reflektieren und auf die eigenen Strukturen zu übertragen.

Weitere Informationen gibt es [hier](#).

■ aej sucht Peer-Begleiter:innen für mobile Ausstellung



Im Rahmen der aej-Trägerschaft im Kompetenznetzwerk Islam- und

Muslimfeindlichkeit ist eine mobile Ausstellung entstanden, die Besucher:innen von Großveranstaltungen im Kontext Jugendarbeit für anti-muslimischen Rassismus sensibilisieren soll. Dafür sucht die aej noch zeitlich flexible junge Menschen, die etwa zwei Mal im Jahr zu zweit die Ausstellung begleiten und sich gemeinsam mit einem multireligiösen Team gegen Rassismus engagieren wollen.

Zur Ausschreibung geht es [hier](#).

■ 40 Jahre Anerkennung des NS-Völkermordes an den Sinti:zze und Rom:nja Europas

Am 17. März 1982 wurde nach dem langen Kampf von Bürgerrechtler:innen der Völkermord an Sinti:zze und Rom:nja durch das NS-Regime in Deutschland anerkannt. In der Pressemitteilung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma heißt es:

„Die Anerkennung des Völkermords durch Helmut Schmidt vor 40 Jahren war eine Zäsur in der langen Geschichte der Bürgerrechtsarbeit, denn bis zu diesem Zeitpunkt wurde den Überlebenden die moralische Anerkennung als Opfer der nationalsozialistischen ‚Rassenpolitik‘ und ihre Ansprüche auf Entschädigung verwehrt. [...] Die Ursache dieses Versäumnisses lag in der Kontinuität im rassistischen Denken begründet, das die Grundlage dafür lieferte, dass weiter an dem antiziganistischen Feindbild festgehalten wurde das es den ehemaligen Täterinnen und Tätern ermöglichte, sich für ihre Verstrickungen in den nationalsozialistischen Verbrechen zu rehabilitieren. Heute, 40 Jahre nach der Gründung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, der Anerkennung des Völkermords durch den Bundeskanzler Schmidt und nach jahrzehntelanger, beharrlicher Bürgerrechtsarbeit, hat sich Deutschland in vorbildlicher Weise seiner Geschichte gestellt. Sinti und Roma sind seit 1998 neben den Sorben, Dänen und Friesen als nationale Minderheit anerkannt, in Berlin steht seit 2012 das nationale Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas und auf Landesebene wurden in verschiedenen Bundesländern Staatsverträge geschlossen.“

In diesem [Video](#) blickt der Vorsitzende des Zentralrats Romani Rose zurück auf den Tag der Anerkennung des NS-Völkermordes an den Sinti:zze und Rom:nja am 17. März 1982. Die Pressemitteilung ist unter <https://zentralrat.sintiundroma.de/40-jahre-erkennung-des-ns-voelkermordes-an-den-sinti-und-roma-europas/> zu finden.

■ Bundesregierung beschließt Nationale Strategie „Antiziganismus bekämpfen, Teilhabe sichern!“

Am 23. Februar 2022 hat die Bundesregierung die nationale Strategie „Antiziganismus bekämpfen, Teilhabe sichern!“ beschlossen. Im Fokus stehen der gleichberechtigte Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnen, die effektive Bekämpfung von Antiziganismus sowie die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Sinti:zze und Rom:nja in Deutschland. Die Strategie nimmt auch auf den neuen Koalitionsvertrag Bezug: durch die Einsetzung eines Antiziganismus-Beauftragten, die Einrichtung einer nationalen Roma-Kontaktstelle sowie den Aufbau einer zivilgesellschaftlichen Monitoring- und Informationsstelle zur Erhebung antiziganistischer Übergriffe. Die nationale Strategie zur Bekämpfung von Antiziganismus soll dabei aktuelle Entwicklungen und neu gewonnene Erfahrungswerte aufgreifen und fortschreiben. Hier (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/heimat-integration/minderheiten/eu-roma-strategie-2030.html>) kann die nationale Strategie „Antiziganismus bekämpfen, Teilhabe sichern!“ kostenlos heruntergeladen werden.

■ Bundesregierung beruft Mehmet Daimagüler zum ersten Antiziganismus-Beauftragten

Der Rechtsanwalt Dr. Mehmet Daimagüler wird der erste Beauftragte der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti:zze und Rom:nja in Deutschland. Der Beauftragte ist im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend angesiedelt und wird die Maßnahmen der Bundesregierung gegen Antiziganismus koordinieren. Dabei soll er mit den beteiligten Bundesministerien Maßnahmen gegen Antiziganismus koordinieren und die Nationale Strategie „Antiziganismus bekämpfen, Teilhabe sichern!“ weiterentwickeln und umsetzen.

Zudem fungiert der Antiziganismus-Beauftragte als zentraler Ansprechpartner der Bundesregierung für die Communitys der Sinti:ze und Rom:nja. Zu seiner Ernennung erklärte Daimagüler u.a., sich für die Einrichtung einer ständigen Bundesländer-Kommission einsetzen zu wollen, da viele Maßnahmen in der Zuständigkeit der Länder liegen, und die Einrichtung einer Kommission zur Aufarbeitung des Unrechts nach 1945 voranzutreiben.

Mehmet Daimagüler, geboren 1968 in Siegen, ist Rechtsanwalt und Buchautor. Regelmäßig steht er Opfern von politisch motivierten Hassverbrechen vor Gericht zur Seite, zu denen Sinti:zze und Rom:nja und jüdische Überlebende der Shoah gehören.

In einer Pressemitteilung begrüßt der „Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, dass Mehmet Daimagüler zum Bundesbeauftragten für die Bekämpfung von Antiziganismus berufen wurde. Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates, erklärt „dass mit Mehmet Daimagüler ein kompetenter und durchsetzungsstarker Bundesbeauftragter für die Bekämpfung von Antiziganismus berufen wird. Es ist ein Erfolg der jahrelangen Arbeit des Zentralrates, dass die Bundesregierung die Bekämpfung des Antiziganismus als wichtigen Teil des gemeinsamen Einsatzes für Demokratie und gegen Ausgrenzung und Stigmatisierung in ihr Programm aufgenommen hat. Es ist jetzt die Erwartung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, dass der Arbeitsstab des Bundesbeauftragten personell und finanziell angemessen ausgestattet wird, um die vielfältigen Aufgaben, die unter anderem auch die Koordination zwischen Bund und den Ländern betreffen wird, erfüllen zu können.“

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hatte zusammen mit der Forderung nach einer Unabhängigen Kommission Antiziganismus (UKA) schon früher die Forderung nach der Berufung eines Antiziganismus-Beauftragten erhoben. Der Bericht der UKA empfahl dann als wichtigen Punkt die Einrichtung dieses Amtes. Da die Bekämpfung von Antiziganismus auf Bundes- wie

auf Landesebene stattfinden muss, befürwortet auch der Zentralrat die Einsetzung einer Bundesländer-Kommission, an der auch die kommunalen Spitzenverbände beteiligt werden müssen.

Die Pressemitteilung des BMFSFJ kann hier abgerufen werden: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/bundesregierung-beruft-erstmalig-antiziganismus-beauftragten-193920>. Unter <https://cache.pressmailing.net/content/f2ead552-515d-425e-bc2f-5a17486e6bad/Antiziganismus-Beauf-gter%202022-03-09.pdf> kann die Pressemitteilung des Zentralrates eingesehen werden.

■ Bundesjugendring fordert „Alle Flüchtenden brauchen sichere Räume“

„Täglich versuchen tausende Menschen vor dem Krieg aus der Ukraine in die europäischen Nachbarländer zu flüchten. Der Bundesjugendring appelliert an die Regierungen, für bestmögliche Hilfe und Aufnahme zu sorgen. [...]

Mit Sorge verfolgen wir Berichte über Menschen, die wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts oder wegen einer Behinderung an der Flucht vor dem Krieg in der Ukraine gehindert und an der Grenze von den Behörden abgewiesen werden. Alle Flüchtenden brauchen sichere Räume. Besondere Unterstützung brauchen trans* Personen, weil alle Bürger:innen die Ukraine nicht verlassen dürfen, die als Mann registriert sind. Die Gehörlosenjugend als Mitgliedsverband des Bundesjugendrings berichtet, dass gehörlose Menschen an den Grenzen und bei ihrer Ankunft in europäischen Ländern nicht ausreichend unterstützt werden. Außerdem dürfen Aggressionen gegenüber russischen Staatsbürger:innen und als russisch gelesenen Menschen in Deutschland und in den ukrainischen Nachbarländern keinen Platz in den Gesellschaften haben. Der Bundesjugendring verurteilt deswegen auch jede Diskriminierung und Aggression gegen russisch-gelesene Menschen in Deutschland. In dieser Zeit ist es wichtig, als Zivilgesellschaft zusammenzustehen und gegen Hass und Hetze Stellung zu beziehen.“

Der vollständige Text ist abrufbar unter <https://www.dbjr.de/artikel/alle-fluechtenden-brauchen-sichere-raeume>.

■ Bundes Roma Verband fordert Bewegungsfreiheit und Schutz für Roma aus der Ukraine

Der Umgang mit den flüchtenden Roma aus der Ukraine bereitet dem Bundes Roma Verband große Sorgen. Roma werden an Grenzübertritten behindert, sie werden nicht in Zügen und Bussen mitgenommen, sie erleben in den Nachbarstaaten der Ukraine, aber auch in Deutschland, Diskriminierung. Es gibt Probleme bei der Unterbringung. Die aktuellen Strukturen sind mit der Situation überfordert. In der Ukraine leben viele Roma ohne Papiere. Diese Gruppe wird von der Politik bisher gar nicht berücksichtigt.

Der Bundes Roma Verband, das Roma Center/RAN, Romani Phen und weitere Roma-Organisationen haben eine Stellungnahme mit Vorschlägen ausgearbeitet, um die flüchtenden Roma aus der Ukraine angemessen zu unterstützen. Dazu gehört unter anderem Aufnahmeprogramm für Rom:nja ohne Dokumente in westeuropäischen Staaten. Die Initiator:innen bitten alle Organisationen, die Stellungnahme zu unterzeichnen, um größtmögliches Gehör bei der Politik zu finden.

Um die Stellungnahme zu zeichnen, schreiben Interessierte an presse@bundesromaverband.de. Die gesamte Stellungnahme ist verfügbar unter <https://www.bundesromaverband.de/wp-content/uploads/2022/03/Bewegungsfreiheit-und-Schutz-fu%CC%88r-Roma-1-1.pdf>.

■ Flüchtlingsräte und PRO ASYL fordern Abschaffung des AsylbLG, freie Wohnortwahl und dezentrale Unterbringung für alle Geflüchteten

Bei ihrer gemeinsamen Konferenz in Stuttgart haben die Landesflüchtlingsräte und PRO ASYL sich intensiv mit den aktuellen Bedingungen geflüchteter Menschen in Deutschland auseinan-

dergesetzt. Insbesondere der brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zwingt mehrere Millionen Menschen zur Flucht. Es ist zu begrüßen, dass Menschen, die aus der Ukraine fliehen, jetzt visumsfrei in Deutschland einreisen dürfen und hier großzügig aufgenommen werden. Mit dem „vorübergehenden Schutz“ nach §24 erhalten sie unkompliziert ein Bleiberecht, können ihren Wohnort frei wählen und unterliegen keinem Arbeitsverbot. Dies wäre unter den Bedingungen des Asylsystems, das auf Kontrolle und Abschreckung basiert, nicht möglich gewesen. Aktuell ist der politische Wille, Aufnahmebedingungen für Geflüchtete zu verbessern, deutlich zu sehen. Das sollte nun für alle Schutzsuchenden gelten: „Das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz, die Zuweisung in Kommunen gegen den Wunsch der Betroffenen und die langfristige Unterbringung in Lagern sind niemandem zuzumuten. Solche Gängelungen müssen endlich für alle Geflüchteten abgeschafft werden!“, erklärt Mara Hasenjürgen vom Flüchtlingsrat Brandenburg. Die Unterbringung in Massenunterkünften darf nur vorübergehend sein. Länder und Landkreise müssen sich jetzt vermehrt um dezentrale Unterbringung bemühen, um gesellschaftliche Teilhabe für alle Geflüchteten von Beginn an zu ermöglichen.

Flüchtlingsräte und PRO ASYL stehen an der Seite diverser migrantischer Selbstorganisationen, die die ungleiche Behandlung Schutzsuchender scharf kritisieren. Racial Profiling durch die Polizei, die Medienberichterstattung und die geltende Rechts- und Verordnungslage zeigen die rassistische Unterscheidung auf, die Menschen auf der Flucht erfahren müssen. „Selektive Solidarität ist keine. Es spielt keine Rolle, welche Nationalität oder Hautfarbe Menschen haben, die hier Schutz suchen. Wir sind verpflichtet, allen Schutzsuchenden unsere volle Unterstützung zukommen zu lassen. Ob Menschen vor Bomben oder Hunger fliehen, darf keinen Einfluss auf unsere Aufnahmebereitschaft haben“, stellt Dave Schmidtke vom Sächsischen Flüchtlingsrat klar. Hier <https://www.proasyl.de/pres>

[semitteilung/solidaritaet-kennt-keine-nationalitaet-aufnahmebedingungen-fuer-alle-schutzsuchenden-verbessern/](#) ist die Pressemitteilung von PRO ASYL zu finden.

■ Bundesverband Mobile Beratung zum Aktionsplan gegen Rechtsextremismus: „Es dürfen keine Doppelstrukturen entstehen“

Der Bundesverband Mobile Beratung (BMB) begrüßt die Initiative der Bundesinnenministerin Nancy Faeser zum „Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“, warnt aber davor, Doppelstrukturen zu schaffen. „Wir unterstützen, dass die Ministerin den Druck auf die rechtsextreme Szene erhöhen und zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehen will“, sagt Heiko Klare, Sprecher des BMB.

„Einige Maßnahmen laufen aber Gefahr, an vorhandenen Strukturen vorbeizugehen.“ So will Faeser auf Bundesebene ein Beratungsangebot für Menschen schaffen, die in ihrem Umfeld mit Verschwörungserzählungen konfrontiert sind. „Diese Menschen brauchen keine Anlaufstelle auf Bundesebene, sondern Unterstützung vor Ort – und genau das bieten die Mobilen Beratungsteams in Zusammenarbeit mit Trägern der psychosozialen Beratung und Begleitung seit vielen Jahren. Hier dürfen keine Doppelstrukturen entstehen“, so Klare. Gleiches gilt für den Schutz von Mandatsträger:innen. Auch hier haben die Mobilen Beratungsteams sowie die Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt langjährige Expertise, die berücksichtigt werden muss. Zudem fehlt eine Gesamtstrategie, kritisiert Klare: „Der Aktionsplan listet Einzelmaßnahmen auf.“

Wichtiger wäre, jetzt in eine ressortübergreifende Strategie zu investieren, die verbindliche Angaben zur Umsetzung enthält – und mit dem geplanten Demokratiefördergesetz die zentralen Beratungsstrukturen abzusichern. Die Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus ste-

hen für beide Anliegen mit ihrer 20-jährigen Erfahrung gern beratend zur Seite.“

Hier https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2022/03/PM_BM-B_Aktionsplan.pdf ist die vollständige Pressemitteilung als PDF zu finden.

■ KompRex und „Gesicht zeigen“ zum Demokratiefördergesetz – Nachhaltige Antworten auf die Bedrohung von rechts



„Gesicht Zeigen!“ hat anlässlich des „Aktionsplans gegen Rechtsextremismus“ und dem laufenden Beteiligungsverfahren zum Demokratiefördergesetz gemeinsam mit dem Kompetenz-

netzwerk Rechtsextremismusprävention (Komprex) ein Positionspapier entwickelt, in dem sie aufzeigen, wie aus ihrer Sicht am besten die aktive Zivilgesellschaft gestärkt werden kann. U.a. fordern sie, Akteur:innen der Rechtsextremismusprävention endlich strukturell anstatt nur projektbezogen zu fördern, die Förderung zu dynamisieren und sowohl lokale als auch bundesweite Angebote zu fördern. Das Positionspapier ist hier <https://kompetenznetzwerk-rechtsextremismuspraevention.de/rechtsextremismuspraevention-verstetigen-zivilgesellschaft-staerken-1805/> zugänglich.

■ Museumsausstellung „Rache. Geschichte und Fantasie“ im Jüdischen Museum Frankfurt

Rache ist ein schillernder Begriff. Er ruft Gefühle, Assoziationen und Erinnerungen an kulturgeschichtliche Überlieferungen hervor. Rachehandlungen üben Vergeltung für Demütigung, Entrechtung, Gewalt und Mord. Sie folgen einer Lo-

gik von Gerechtigkeit, die außerhalb der heute geltenden Rechtsordnung liegt. Das war nicht immer so. In der Antike galt gemeinhin das Rechtsprinzip, dass Gleiches mit Gleichem zu vergelten sei. Dieses Rechtsprinzip liegt auch der Wendung „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ in der Tora zugrunde, das die Aufforderung beinhaltet, Schadenersatz zu leisten.

In einer außergewöhnlichen Ausstellung mit begleitendem Buch und Podcast wird der Topos „Rache“ in der jüdischen Kulturgeschichte in den Blick genommen. Eröffnet wird eine neue Perspektive, die einen Bogen von biblischen Geschichten über rabbinische Schriften, jüdische Legenden und judenfeindliche Mythen bis hin zu jüdischen Outlaws spannt. Ihren Ausgangspunkt bilden populärkulturelle Erzählungen, ihren Fluchtpunkt letzte Zeugnisse der Ermordeten und die Frage der Gerechtigkeit nach der Shoah. Die Ausstellung „Rache. Gesichte und Fantasie“ findet vom 18. März bis zum 17. Juli 2022 im Jüdischen Museum Frankfurt statt. Mehr Informationen sind hier <https://www.juedischesmuseum.de/besuch/detail/rache-geschichte-und-fantasie/> zu finden.

■ Projekt „FREMD? Deutsche Teilungs- und Einigungsgeschichte“

In dem Projekt „FREMD? Deutsche Teilungs- und Einigungsgeschichte“ des Grenzhuis Schlagsdorf geht es um die Entwicklung und Durchführung von Bildungsangeboten und -materialien für junge Migrant:innen (14 bis 27 Jahre) zur deutschen Teilungs- und Einigungsgeschichte und zur SED-Diktatur. Projektziele sind nicht nur die Entwicklung, Durchführung und Evaluation von Bildungsangeboten und Lernbausteinen für junge Menschen mit Migrationserfahrung, sondern auch die Durchführung von Multiplikator:innenfortbildungen zu dem Thema deutsche Teilungs- und Einigungsgeschichte. Im Zentrum der Bildungsarbeit stehen dabei Lebenswelt- und Gegenwartsbezüge, die Erfahrungen und Interessen der Teilnehmenden sowie der Austausch untereinander.

Mehr zu dem Projekt gibt es hier <https://www.grenzhuis.de/projekt-deutsche-teilungs-und-einigungsgeschichte/> zu erfahren.

■ Podcast „Rechtsextremismus kompakt“

Die Fachstelle Rechtsextremismusprävention (fa:rp) bei cultures interactive e.V. hat den Podcast „Rechtsextremismusprävention kompakt“ veröffentlicht, in dem es um die Rolle der Jugendarbeit in der Rechtsextremismusprävention geht. Der Podcast erklärt, was Rechtsextremismus ausmacht und was in der Präventionsarbeit wichtig ist. Gesprochen wird über die Rolle der Jugendarbeit in der Rechtsextremismusprävention, über Rechtspopulismus, über Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die Distanzierungsarbeit. Außerdem geben die Mitarbeiter:innen der fa:rp Tipps zum Umgang mit menschenverachtenden Aussagen und zur Wahrung der eigenen Haltung in der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Der Podcast „Rechtsextremismusprävention kompakt“ kann auf der Homepage der Fachstelle <https://farp.online/materialien.html#ui-id-3> oder auf Spotify angehört und heruntergeladen werden.

■ Podcast „Doing Memory“

Am Internationalen Tag gegen Rassismus ist der Podcast „Doing Memory“ zum Erinnern an rechte Gewalt online gegangen. Doing Memory versteht dabei Erinnern und Vergessen als konfliktreiche Praxen der Herstellung von Bedeutung über Vergangenes. Der Podcast erhebt Anspruch darauf, das, was erinnert wird, in Beziehung zu Gegenwart und Zukunft zu setzen. Dabei fordert Doing Memory eine radikale Multiperspektivität, um Perspektiven für eine plurale und demokratische Gesellschaft entwickeln zu können. Zudem wird im Podcast rechte Gewalt als ein wichtiges Phänomen der Gegenwartsgesellschaft begriffen. Die historische Kontinuität rechter Gewalt

kann aber nur dann sichtbar gemacht werden, wenn Betroffene und Opfer anerkannt werden. Dafür erscheint jede Woche eine Podcast-Folge, in der über die tödlichen Folgen von Rassismus und rechter Gewalt gesprochen wird. Die einzelnen Folgen und Gesprächspartner:innen können abgerufen werden unter <https://anchor.fm/doing-memory>.

■ Podcast „Schlaglicht Diskriminierung“

In der Podcast-Reihe „Schlaglicht Diskriminierung“ des Antidiskriminierungsnetzwerks Nordhessen (AdiNet) sprechen Marlene Göhl und Bijan Razavi mit unterschiedlichen Gästen über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). In insgesamt sieben Folgen diskutieren sie die Möglichkeiten, die das AGG für Menschen bietet, die von Diskriminierung betroffen sind, aber auch über verschiedene Diskriminierungsformen, die nicht oder nicht explizit vom AGG abgedeckt werden. Zu den Gästen zählen u. a. Sina Collman de Quinones und Manja-Dimitra Kotsas, die in der Antidiskriminierungsberatung tätig sind, der Soziologe Andreas Kemper und Timo Eichel von der Drogenhilfe Nordhessen. Jede Woche wird auf dem Podcast-Kanal der Bildungsstätte Anne Frank eine neue Folge veröffentlicht:



<https://anchor.fm/bs-anne-frank/episodes/Folge-00-Diskriminierung-und-Diskriminierungsschutz--Eine-kurze-Einführung-e1gfod7>.

■ Neue Onlinekurse über Migration, Medien und Diskriminierung für Journalist:innen und andere Interessierte

Der Mediendienst Integration hat zusammen mit der TU Dortmund eine neue E-Learning-Plattform zu den Themen Migration, Medien und Diskriminierung entwickelt. Ab sofort können sich Medienschaffende und andere Interessierte dort

in mehr als 20 kostenlosen Kursen weiterbilden. Die Onlinekurse arbeiten mit praxisnahen Fallbeispielen. So wird in einem Kurs die Frage beantwortet, wie das Asylsystem in Deutschland funktioniert. Eine Entscheiderin des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erklärt, welchen Regeln eine Anhörung mit Geflüchteten folgt, wohingegen eine Rechtsanwältin berichtet, wie Klagen gegen die Asylentscheidungen des BAMF ablaufen.

Die Teilnehmenden arbeiten in den Kursen mit mehr als 250 Videos, Audios, Grafiken, Reflexionsaufgaben und interaktiven Quizformaten sowie Rollenspielen und Einführungstexten. Neben Journalist:innen können auch Mitarbeiter:innen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Stiftungen und Behörden mit den Kursen ihr Wissen zu Migrations- und Integrationsthemen erweitern. Weitere Informationen sind hier <https://mediendienst-integration.de/artikel/neue-onlinekurse-fuer-journalistinnen-und-journalisten.html> zu finden.

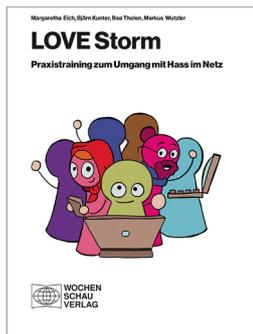
■ Newsletter des Netzwerks „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

In dem 35. Newsletter des Netzwerks „Rassismuskritische Migrationspädagogik“ geht es hauptsächlich um den Krieg in der Ukraine und seine Folgen. Eingeleitet wird der Schwerpunkt mit einem Kommentar zur aktuellen Situation von der Tübinger Regionalgruppe des Netzwerks, der unter dem Titel „Der Krieg in der Ukraine ist auch eine pädagogische Herausforderung“ schlaglichtartig Fragen sammelt, die sich jetzt in unterschiedlichen Kontexten im Sozial- und Bildungsbereich stellen. In dem Newsletter wird auch aus einer rassismus- und machtkritischen Perspektive über die Ungleichbehandlung von Geflüchteten aus der Ukraine sowie der Situation an den Grenzen berichtet. Dem Newsletter <https://www.rassismuskritik-bw.de/?download=1776> können viele weitere Aspekte und andere Themenschwerpunkte entnommen werden.

■ JUUUPORT veröffentlicht Kurzfilm „LÖSCH DICH“

Auf dem YouTube-Kanal von JUUUPORT ist der Kurzfilm „LÖSCH DICH“ zum Thema Hass im Netz und Cybermobbing erschienen. Gerade in Anbetracht dessen, dass Internet, Smartphones und soziale Medien immer mehr zum Alltagsgebrauch von Jugendlichen dazugehören, erscheint es besonders relevant Themen diese Themen aufzugreifen und dafür zu sensibilisieren. Der Clip kann insbesondere in der Präventionsarbeit im Bereich (Cyber-)Mobbing eingesetzt werden. Der Kurzfilm kann hier https://www.youtube.com/watch?v=_NNyZFL6rmM abgerufen werden.

■ Trainingshandbuch von LOVE Storm



Das Projekt „LOVE-Storm - Gemeinsam gegen Hass im Netz“ hat ein Trainingshandbuch zum Umgang mit Hass im Netz veröffentlicht. Das Trainingshandbuch präsentiert ein umfassendes Praxistraining zum Umgang mit Hass im Netz.

Das Handbuch bietet erprobte praktische Strategien sowie relevantes Hintergrundwissen. Diese werden kombiniert mit Übungen und Lehrmaterialien: Für alle Pädagog:innen, die sich mit Hatespeech, Cybermobbing und digitaler Zivilcourage auseinandersetzen und sich und ihre Schüler:innen vor Netzangriffen schützen wollen.

Mehr Infos und Bestellung unter <https://love-storm.de/trainingshandbuch-hass-im-netz/>.

■ Handreichung der Diakonie: Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Der Umgang mit Rechtspopulismus bleibt eine gesellschaftspolitische Herausforderung. Praktische Hinweise bietet nun die erweiterte Neuauflage der Handreichung „Umgang mit Rechts-

populismus und Rechtsextremismus“ der Diakonie Deutschland, die 2018 erstmals erschien. Die 36-Seiten umfassende Broschüre gibt Tipps und Empfehlungen, um Rechtspopulismus, Diskriminierung und Verschwörungserzählungen wirksam zu begegnen. Zudem enthält sie Web-Adressen zu Beratungsstellen und Netzwerken in Diakonie und Kirche sowie viele Hinweise auf weiterführende Informationen zu Themen wie Hate Speech, Antisemitismus, Antifeminismus oder zu Angriffen auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.

Die aktualisierte und erweiterte Fassung der Handreichung kann [hier](#) als PDF heruntergeladen oder kostenfrei bestellt werden.

■ Fallstudie der Kölner Meldestelle für antisemitische Vorfälle

Erfahrungsberichte von Betroffenen von Antisemitismus werden in sozialen Netzwerken immer wieder massiv geleugnet und relativiert. Beispielhaft geht dies aus der neuen Fallstudie der Kölner Meldestelle für antisemitische Vorfälle hervor.

Im Sommer 2021 wird Simon während einer Zugfahrt antisemitisch angefeindet. Auf Twitter schildert er den Vorfall und gerät in einen rechten Shitstorm. Die Fallstudie zeichnet nach, mit welchen problematischen Aussagen Simon konfrontiert wird und welche Muster sich in den Reaktionen erkennen lassen. Im Anschluss geht es vor allem darum, wie Simon die Situation erlebt hat und was er aus der Erfahrung ableitet. Abschließend werden der Forschungsstand zu Antisemitismus und sozialen Medien angerissen sowie das Bedrohungspotenzial dargestellt und der Frage nachgegangen, welche Schlüsse sich aus Simons exemplarischem Fall für die Situation in Deutschland lebender Jüdinnen_Juden und ihre Präsenz in sozialen Netzwerken ziehen lassen. Die Broschüre soll dabei helfen, anhand eines Fallbeispiels die Dimensionen antisemitischer Hetze im Netz besser einschätzen zu können. Sie kann - zusammen mit anderen Veröffentlichun-

gen zum Thema - eine Basis für Handlungsstrategien bilden.

Die Fallstudie ist kostenlos als PDF verfügbar unter <https://antisemitismus-melden.koeln/aktuelles/>.

■ Krieg in der Ukraine - Broschüre informiert geflüchtete Kinder und Jugendliche über Kinderrechte

Heranwachsende, die mit ihrer Familie oder unbegleitet nach Deutschland kommen, stehen unter dem besonderen Schutz der UN-Kinderrechtskonvention. Die Broschüre „Alle Kinder haben Rechte“ der Servicestelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt und des Kinder- und Jugendbeauftragten des Landes klärt dazu mit Bildern und einfachen Worten in ukrainischer Sprache auf.

Die UN-Kinderrechtskonvention und das EU-Recht verpflichtet die aufnehmenden Staaten zur Sicherung der Kinderrechte. Neben den zahlreichen Hilfsangeboten von Behörden und Zivilgesellschaft ist es daher wichtig, Kinder und Jugendliche über ihre Rechte aufzuklären und die Durchsetzung zu sichern.

Die Servicestelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt gibt dafür in Kooperation mit dem Kinder- und Jugendbeauftragten des Landes eine Kinderrechte-Broschüre in ukrainischer Sprache heraus, die ukrainische Kinder und ihre Familien über Kinderrechte in Deutschland informiert.

Die Broschüre „Alle Kinder haben Rechte“ kann über die Website der Servicestelle Jugendschutz unter <https://www.servicestelle-jugendschutz.de/2022/03/broschuere-klaert-gefluechtete-kinder-und-jugendliche-ueber-kinderrechte-auf/> kostenfrei bestellt werden.

■ Jedes Kind hat das Recht auf eine Geburtsurkunde – Neue Website www.recht-aufgeburtsurkunde.de

Eine Geburtsurkunde belegt die Existenz eines Menschen und ermöglicht, zahlreiche Rechte wahrzunehmen: zum Beispiel eine Staatsangehörigkeit und später einen Pass zu erhalten, zu heiraten oder einen Erbschein zu beantragen.

Nach Artikel 7 der UN-Kinderrechtskonvention ist jedes neugeborene Kind unverzüglich nach der Geburt in ein Register einzutragen. Daraus folgt das Recht auf Ausstellung einer Geburtsurkunde. In Deutschland sind dafür die Standesämter zuständig. Dennoch erhalten viele Kinder, die in Deutschland geboren werden, keine oder erst sehr spät eine Geburtsurkunde. Oft können Eltern ihre Identität nicht mit einem Dokument belegen - zum Beispiel, weil sie geflüchtet sind. Das dürfe aber nicht dazu führen, dass ein Kind mehrere Monate oder gar Jahre keine Geburtsurkunde bekomme, so Claudia Kittel vom Deutschen Institut für Menschenrechte. Denn dies bedeute für die Eltern, dass ihnen soziale und medizinische Leistungen verwehrt werden können.

Die neue Website recht-auf-geburtsurkunde.de informiert über die kinder- und menschenrechtlichen Vorgaben und bietet ein FAQ rund um die Geburtenregistrierung von Kindern, deren Eltern ihre Identität nicht nachweisen können. Zielgruppen der Website sind in erster Linie Standesbeamte:innen und Sozialarbeiter:innen, die mit Geflüchteten arbeiten; praxisnah werden ihnen Möglichkeiten aufgezeigt, wie jedem Kind zeitnah eine Geburtsurkunde ausgestellt werden kann.

■ Sonderförderung der Aktion Mensch: Hilfe für vor dem Ukrainekrieg geflüchtete Menschen

Die Aktion Mensch hat im Kontext des Ukrainekrieges eine Sonderförderung (<https://www.aktion-mensch.de/ukraine>) gestartet. Dieses Programm richtet sich an Projekte, die in Deutschland verortet sind. Die Anträge werden online ge-

der Gesellschaft und den sozialen Medien oder wachsende Ungleichheit - es gibt viel zu verbessern. Daher verleiht die Bundeszentrale für politische Bildung unter dem Titel „Neuer Wind für die Gesellschaft - Democracy Boost“ den Jugenddemokratiepreis 2022. Mit dem Preisgeld von bis zu 3 000 Euro sollen Jugendprojekte aus der ganzen Bundesrepublik unterstützt werden, die den Willen haben, die Demokratie zu gestalten. Die Projektmacher:innen sollten zwischen 14 und 27 Jahre alt sein und die Idee des Projekts selbst entwickeln und umsetzen. Gesucht werden innovative Projekte, die sich mit dem Thema Demokratie beschäftigen und das Umfeld bewegen. Der Bewerbungsschluss ist am 31. Mai 2022. Weitere Informationen zum Jugenddemokratiepreis können hier <https://www.bpb.de/veranstaltungen/veranstaltungskalender/505041/democracy-boost/> abgerufen werden.

■ Deutscher Multimediapreis mb21

Unter dem Motto „Grenzenlos Kreativ“ können sich junge Medienmacher:innen bis 25 Jahre am Deutschen Multimediapreis mb21 beteiligen. Der bundesweite Kreativwettbewerb prämiiert digitale, netzbasierte und interaktive Projekte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Geldpreisen im Gesamtwert von 11 000 Euro. Der Einsendeschluss ist am 15. August 2022.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ Save the Date: 21. Jugendkongress vom 20. bis 24. Mai 2022 in Berlin



Seit nunmehr 22 Jahren macht das von der Bundesregierung gegründete Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) zivilgesellschaftliches Engagement sichtbar. Das BfDT möchte möglichst viele Mitbürger:innen zum Einsatz für die

Demokratie ermutigen. Mit dem **Jugendkongress**, der jedes Jahr **Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren** aus dem gesamten Bundesgebiet in Berlin zusammenbringt, möchte das Bündnis die nächste Generation Ehrenamtlicher ansprechen. Diese engagierten jungen Menschen möchte das BfDT in diesem Jahr wieder einladen, am Jugendkongress am 20. Mai in Berlin teilzunehmen. Mehr Infos und Anmeldung unter <https://www.buendnis-toleranz.de/arbeitsfelder/wuerdigung/169010/der-jugendkongress>.

■ Digitale Veranstaltungsreihe „Antisemitismus & Schule“ der Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V.

Mit der digitalen Veranstaltungsreihe „Antisemitismus & Schule“ hat die Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V. die vielfältigen Herausforderungen einer antisemitismuskritischen Bildungsarbeit in der Schule und die Bedingungen einer gelungenen Praxis herauszuarbeiten. Die Dringlichkeit dieser Aufgaben haben die in den letzten Jahren durchgeführten Studien zu Antisemitismus an Schulen deutlich vor Augen geführt: So gehören etwa antisemitische Beleidigungen auf Schulhöfen zum Schulalltag, Antisemitismus wird von Lehrkräften teilweise nicht erkannt oder gar (unbewusst) reproduziert und auch in Unterrichtsmaterialien finden sich mitunter antisemitische Stereotype.

Insgesamt zeigte die Veranstaltungsreihe erneut die Bedeutung der Schule als wichtiger Sozialisationsagentur der Gesellschaft, die insbesondere vor dem Hintergrund einer Zunahme antisemitischer Vorfälle, ihrer Verantwortung in der Bekämpfung von Antisemitismus gerecht werden muss. Dabei reicht es nicht, Antisemitismus als Unterrichtsgegenstand in die Lehrpläne zu integrieren. Es braucht weitergehende strukturelle Veränderungen: Lehrkräfte müssen befähigt werden, Antisemitismus frühzeitig zu erkennen, ob auf dem Schulhof oder in den Lernmaterialien. Es gilt, gegenwärtiges jüdisches Leben im schuli-

schen Rahmen zu thematisieren, Kenntnisse zu Antisemitismus, Judentum und jüdischer Geschichte und Gegenwart auch in der Lehrer:innenbildung zu vermitteln und flächendeckend an den Hochschulen zu verankern. In der digitalen Veranstaltungsreihe „Antisemitismus & Schule“ werden entsprechende Herausforderungen und Möglichkeiten einer antisemitismuskritischen Bildungsarbeit im Schulsystem herausgearbeitet und benannt. Unter folgendem Link <https://www.youtube.com/playlist?list=PLVkpO2802v-W4ploT-Fu-5oVnlcdqYKuKA> kann die digitale Veranstaltungsreihe abgerufen werden.

■ Fight for Solidarity – Bildungsreihe 2022 über Zerrissenheit und Zusammenhalt in Zeiten gesellschaftlicher Krisen

Das Falken Bildungs- und Freizeitwerks Bergisch Land veranstaltet in Kooperation mit „die börse“ und weiteren Partnern eine kritische Bildungsreihe gegen Leugnung von Klimakrise und Corona, gegen Hass, Hetze und Diskriminierung. Mit der Bildungsreihe möchte das Bildungswerk der

Falken im Bergischen Land diejenigen, die sich gegen das Klima von zunehmendem Verschwörungsdanken, von Diskriminierung, Hass und Hetze wenden, unterstützen und darin bestärken, sich für mehr Demokratie, Toleranz und gesellschaftliche Solidarität einzusetzen.

Dafür hat das Bildungs- und Freizeitwerk ein umfangreiches Programm an Veranstaltungen zusammengestellt. Als nächstes findet am 14. Mai ein Praxisworkshop zu dem Thema „Was tun gegen Hate Speech und Fake News?“ statt. Am 15. Dezember endet die Reihe mit einem Web-Seminar über „Politik mit Gefühl - Plädoyer für eine emotions- und ungleichheitssensible politische Bildungsarbeit“. Alle Themen, Termine und weitere Informationen finden sich auf der Projektwebsite www.Fight4Solidarity.de.

Alle Seminare werden auf ZOOM durchgeführt. Formlose namentliche Anmeldungen werden angenommen unter anmeldung@fight4solidarity.de. Die Zugangsdaten werden am Vortag der Veranstaltung per E-Mail zugesandt.

■ **Online-Seminar „Digitale Zivilcourage und Empowerment – Qualifizierung von Social-Web-Akteur/-innen“**

Termin: 06. Mai 2022

Ort: Online

Info & Anmeldung:

<https://www.bpb.de/veranstaltungen/veranstaltungskalender/344082/digitale-zivilcourage-und-empowerment-mai/>

■ **Fachtagung „Antifeminismus auf dem Weg durch die Institutionen“**

Termin: 12. Mai 2022

Ort: Berlin

Info & Anmeldung:

Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung

<https://calendar.boell.de/de/event/antifeminismus-auf-dem-weg-durch-die-institutionen>

■ **Tagung „Gemeinsam gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit: Kinder- und Jugendhilfe im Gespräch mit Radikalisierungsprävention / Deradikalisierung“**

Termine: 12. Mai 2022

Ort: Berlin

Info & Anmeldung:

Cultures interactive e.V.

Verein zur interkulturellen Bildung und Gewaltprävention

Mainzer Str. 11

12053 Berlin

Tel.: 0 30 / 60 40 19 50

info@cultures-interactive.de

<https://cultures-interactive.de/de/news-im-detail/Fachtagung-RaFiK-Berlin.html>

■ **Wochenendseminar zum Umgang mit Antisemitismus im pädagogischen Kontext „Antisemitismus: Wahrnehmen – Deuten – Handeln“**

Termin: 13. bis 15. Mai 2022

Ort: Kochel am See

Info & Anmeldung:

Georg-von-Vollmar-Akademie

Am Aspensteinbichl 9-11

82431 Kochel am See

<https://www.vollmar-akademie.de/programm/kw/bereich/kursdetails/kurs/22241907/kursname/Antisemitismus%20Wahrnehmen%20-%20Deuten%20-%20Handeln/kategorie-id/0/#inhalt>

■ **YUNIK – Konferenz für kulturelle Bildung „Haltung in Zeiten der Polarisierung“**

Termin: 18. bis 20. Mai 2022

Ort: Leipzig

Info & Anmeldung:

<https://yunik.liteproject.de/>

■ **Fortbildung „Rassismuserfahrungen – Männlich*keiten – Empowerment: Was uns stärkt und was uns verbindet“**

Termin: 19. Mai 2022

Ort: Essen

Info & Anmeldung:

FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW

Limbecker Platz 7

45127 Essen

Tel.: 02 01 / 18 50 88 0

Fachstelle@gender-nrw.de

https://www.gender-nrw.de/home_new/fuma-fortbildungen/rassismus-maennlichekeiten/

■ Bildungsreihe 2022 „Fight for Solidarity“

Termin: 19. Mai bis 15. Dezember 2022

Ort: Online

Info & Anmeldung:

FBF Falken Bildungs- und Freizeitwerk Bergisch Land e.V.

Wilbergstr. 8

42107 Wuppertal

Tel.: 02 02 / 30 99 667

anmeldung@fight4solidarity.de

<https://fight4solidarity.de/event/zusammenhalt-im-umbruch/>

■ Workshop „Die letzten von gestern? 40 Jahre RechtsRock - Bilanz & Ausblick.“

Termin: 23. und 24. Mai 2022

Ort: Neudietendorf

Info & Anmeldung:

<https://www.bpb.de/veranstaltungen/veranstaltungskalender/506615/die-letzten-von-gestern/>

■ Qualifizierung zu Teamer:innen in der außerschulischen politischen Jugendbildung

Termine:

17. bis 19. Juni, 26. bis 28. August, 14. bis 16.

November, 9. bis 11. Dezember 2022

9. bis 11. Februar 2023

Orte: Potsdam, Aurich, Gleichen bei Göttingen,

Osterholz-Scharmbeck, Papenburg

Info & Anmeldung:

Bildungsstätte Bredberg

An der Wassermühle 30

27711 Osterholz-Scharmbeck

<https://tinyurl.com/ycude26d>

■ Blickwinkel-Tagung „Objektiv begriffen, subjektiv betroffen. Zum Verhältnis von Kategorien und Wahrnehmung bei Antisemitismus und Rassismus“

Termin: 20. und 21. Juni 2022

Ort: Leipzig

Info & Anmeldung:

Bildungsstätte Anne Frank

Astrid Kasperek

Tel.: 0 69 / 56 00 02 53

akasperek@bs-anne-frank.de

<https://www.bs-anne-frank.de/events/kalender/blickwinkel>

■ Online-Seminar „Handlungsstrategien im Umgang mit Parolen im Klassenraum“

Termin: 13. Juni 2022

Ort: Online

Info & Anmeldung:

<https://www.bpb.de/veranstaltungen/veranstaltungskalender/505737/handlungsstrategien-im-umgang-mit-parolen-im-klassenraum/>

■ Fortbildung „Der Anti-Bias-Ansatz – Grundlagen Vorurteilsreflektierter Pädagogik für die Praxis“

Termin: 22. und 23. Juni 2022

Ort: Essen

Info & Anmeldung:

FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW

Limbecker Platz 7

45127 Essen

Tel.: 02 01 / 18 50 88 0

Fachstelle@gender-nrw.de

<https://www.gender-nrw.de/anti-bias/>

■ **11. Baustelle Inklusion „30 Jahre Kinderrechte – jetzt erst recht! Diskriminierungskritische Perspektiven auf die UN-Kinderrechte in Kita und Grundschule“**

Termin: 27. Juni 2022

Ort: Online

Info & Anmeldung:

Programm:

<https://situationsansatz.de/wp-content/uploads/2021/10/>

[Programm_Baustelle_2022.pdf](#)

Anmeldung: <https://tinyurl.com/4es4nz9m>

■ **Workshop „Digitale Zivilcourage und Empowerment“**

Termine: 8. Juli, 16. September,
18. November 2022

Info & Anmeldung:

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Adenauerallee 86

53113 Bonn

Tel.: 02 28 / 99 51 50

info@bpb.de

<https://www.bpb.de/veranstaltungen/reihen/digitale-zivilcourage-empowerment/>

■ **Seminar „Fake News, Verschwörungsmymen und Halbwahrheiten – Handlungsstrategien im Umgang mit rassistischer Hetze im Netz“**

Termin: 8. bis 12. August 2022

Ort: Kochel am See

Info & Anmeldung:

Georg-von-Vollmar-Akademie

Am Aspensteinbichl 9-11

82431 Kochel am See

<https://tinyurl.com/654fw474>

■ **Ausbildung zum Einstieg in die politische Bildung „Unterdrückung Fighten – Seminare Leiten!“**

Termin: 22. bis 26. August,

16. bis 18. September 2022

Ort: Osterholz-Scharmbeck

Info & Anmeldung:

Bildungsstätte Bredberg

Heimvolkshochschule des Landkreises

Osterholz

An der Wassermühle 30

27711 Osterholz-Scharmbeck

Tel.: 0 47 91 / 96 18 37 00

info@bredbeck.de

<https://tinyurl.com/2xyvx89d>

■ **Fortbildung „Rassismus im Sport – Kein Thema für mich? Richtig argumentieren und Haltungssicherheit erlangen bei menschenverachtenden Aussagen und Verhaltensweisen im Sport (-verein)“**

Termin Alternativen: 3. September, 10.

September, 24. September 2022

Ort: Online

Info & Anmeldung:

Landessportbund Nordrhein-Westfalen e.V.

Friedrich-Alfred-Allee 25

47055 Duisburg

Tel.: 02 03 / 73 81 0

Info@lsb.nrw

<https://www.dsj.de/news/artikel/rassismus-im-sport-kein-thema-fuer-mich/>

■ **Workshop „Anti-Bias-Training“**

Termin: 2. September 2022

Ort: Online

Info & Anmeldung:

Bildungswerk der Heinrich Böll Stiftung
Nordrhein-Westfalen e.V.

Graf-Adolf-Str. 100

Tel.: 02 11 / 93 65 08 0

info@boell-nrw.de

<https://veranstaltungen.boell-nrw.de/index.php?kathaupt=11&knr=22-3501W&kursname=Anti-Bias-Training&katid=0#inhalt>

■ **Workshopreihe „Ich sehe das, was du nicht siehst: Digitaler Bildungsurlaub zu Anti-Bias-Bildung“**

Termin: 14. bis 18. November 2022

Ort: Online

Info & Anmeldung:

Bildungswerk der Heinrich Böll Stiftung
Nordrhein-Westfalen e.V.

Graf-Adolf-Str. 100

Tel.: 02 11 / 93 65 08 0

info@boell-nrw.de

<https://veranstaltungen.boell-nrw.de/index.php?kathaupt=11&knr=22-4602W&kursname=Digitaler+Bildungsurlaub+Anti-Bias-Bildung&katid=0#inhalt>

■ **Seminar „Europa.Werkstatt.Migrationspolitik. Politische Bildung für die Zukunft“**

Termin: 22. bis 24. November 2022

Ort: Gauting

Info & Anmeldung:

Institut für Jugendarbeit des Bayerischen
Jugendrings, KdöR

Dr. Thomas Zängler

Germeringer Str. 30

82131 Gauting

Tel.: 0 89 / 89 32 33 0

<https://www.institutgauting.de/seminare/2023-europawerkstattmigrationspolitik/>

In unserer Rubrik „Feier- & Gedenktage“ geben wir einen Ausblick auf die kommenden zwei Monate. Erläuterungen zu jedem Ereignis und eine Legende zu den einzelnen Symbolen finden sich auf unserer Website unter <https://www.idaev.de/researchtools/feier-und-gedenktage> oder in unserem **Wandkalender** unter <https://tinyurl.com/y4I5ndt9>. Wir freuen uns über Hinweise auf weitere Feier- & Gedenktage der Migrationsgesellschaft an info@IDAev.de.

MAI

01	☰ Tag der Arbeit
02	
03	
04	▼ Welttag der Pressefreiheit
05	Đurdevdan (Herdelezi) ▲
06	▲
07	Gedenktag für die Opfer des Zweiten Weltkrieges ▼
08	▼ Grundgesetz
09	▼
10	
11	
12	
13	
14	■ Jahrestag der Gründung des Staates Israel
15	
16	◆ Internationaler Tag des friedlichen Zusammenlebens
17	● Internationaler Tag gegen Homo- und Transfeindlichkeit
18	
19	
20	
21	◆ Internationaler Tag der kulturellen Vielfalt
22	
23	▼ Mordanschlag von Solingen
24	
25	
26	▼ Einschränkung des Asylrechts
27	
28	
29	
30	
31	

JUNI

01	● Internationaler Kindertag
02	
03	
04	
05	
06	● Tag der Sehbehinderten
07	
08	
09	
10	
11	
12	● Internationaler Tag gegen Kinderarbeit
13	
14	
15	
16	
17	
18	
19	◆ Internationaler Tag für die Beseitigung sexueller Gewalt in Konflikten
20	◆ Weltflüchtlingsstag
21	
22	
23	
24	
25	
26	◆ Internationaler Tag der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Opfer der Folter
27	
28	
29	
30	
31	

Legende

- Muslimische Feier- und Gedenktage
- Hinduistische Feier- und Gedenktage
- Jüdische Feier- und Gedenktage
- Christliche Feier- und Gedenktage
- Buddhistische Feier- und Gedenktage
- ▲ Feier- und Gedenktage von Sinti:zze und Rom:nja
- ▲ Kurdische Feier- und Gedenktage
- ▲ Alevitische Feier- und Gedenktage
- ▲ Feier- und Gedenktage der Bahai
- ▲ Ezidische Feier- und Gedenktage
- Feier- und Gedenktage Schwarzer Menschen
- Feier- und Gedenktage von LSBT*IQ
- Feier- und Gedenktage von Frauen
- Feier- und Gedenktage von Menschen mit Behinderung
- Feier- und Gedenktage bzgl. des Lebensalters
- ▼ Gedenktage bzgl. des Nationalsozialismus
- ▼ Gedenktage gegen Rechtsextremismus
- ▼ Gedenktage gegen Rassismus
- ▼ Feier- und Gedenktage für Menschenrechte/Demokratie
- ▼ Feier- und Gedenktage der deutschen Migrationsgeschichte
- Sonstige humanitäre internationale Feier- und Gedenktage
- Sonstige besondere Tage

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Dyana Rezene, Sebastian Seng, Ahmed Harun Oral; V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 18. Juni 2022

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952

Datenschutz

Wir haben zum Versenden der Infomail Ihre E-Mailadresse (und ggf. weitere personenbezogene Daten) gespeichert. Wir nutzen die gespeicherten Kontaktdaten nur, um Ihnen die Infomail zukommen zu lassen.

Wenn Sie die Infomail nicht mehr von uns erhalten möchten, können Sie diese jederzeit abbestellen, indem Sie uns eine formlose E-Mail an Info@IDAeV.de senden. Wir werden die Adresse dann aus dem Verteiler entfernen. Alternativ können Sie sich unter <https://www.idaev.de/publikationen/infomail/abonnement/> vom Abonnement abmelden.